

NEUES DENKEN

Digitale Minimalisten

Weniger ist oft mehr. Dieses Motto gilt auch bei technischen Neuerungen: Handy, Laptop oder Smartphone werden zu immer kleineren und leichteren Alleskönnern. Damit ermöglichen sie ein digitales Nomadentum, das auf immer weniger materiellen Besitz angewiesen macht. Ein MacBook, ein iPhone, dazu Internetanschluss – mehr braucht es heute nicht, um Baupläne zu entwerfen, Webseiten zu programmieren oder Festivals zu organisieren. Architekten, Programmierer und Projektleiter können auch von unterwegs oder jedem beliebigen Punkt der Welt aus arbeiten. So weit, so praktisch.

Liest man nun in den Blog-Einträgen und auf den Websites ortsungebundener Freischaffender, stellt man fest: Für einige ist aus der pragmatischen Notwendigkeit, sich beim Reisegepäck zu reduzieren, ein Lebensstil geworden, der die Anhäufung von materiellem Besitz als solches ablehnt. Als „digitale Minimalisten“ bezeichnen sich diejenigen, die ihm anhängen. Sie sind überzeugt, dass ein Verzicht auf materiellen Besitz nicht mit einem Verlust von Wohlstand oder Lebensqualität einhergeht. Im Gegenteil, der Verzicht erlöst von unnötigem Ballast, erleichtert Umzüge und rasche Ortswechsel. Eine konsumkritische Haltung ist Teil, aber nicht Kern der Weltanschauung. Im Vordergrund steht die persönliche Freiheit.

Zurzeit entdeckt die Internet-Community Minimalismus als Trend. Im Juni berichtete das Internet-Ökonomie-Blog *netzwertig.com* von einem deutschen Unternehmer, der seinen persönlichen Besitz auf 100 Habseligkeiten reduziert hat. Kurz darauf erklärt der Gründer eines Internet-Start-ups auf dem Portal *netzpiloten.org*, mit 35 persönlichen Gegenständen auszukommen. All sein Hab und Gut passe in einen Rucksack, erklärt der Minimalist, der zwischen Wien und dem Silicon Valley pendelt. Warum gerade digital Affine für diesen Lebensstil offen sind, erklärt der Mann, dem 35 Gegenstände reichen, mit der unmittelbaren Verfügbarkeit vieler Dienste, an die uns das Internet gewöhnt habe: „Oft macht

Eine konsumkritische Haltung ist Teil, aber nicht Kern der Weltanschauung. Im Vordergrund steht die persönliche Freiheit

es mehr Sinn, sich Dinge *just in time* auszuborgen, anstatt sie für den Fall der Fälle zu besitzen.“

Eines lassen die Minimalisten dabei außer Acht, wie ein Blog-Kommentar bemerkt: die Anhäufung von digitalem Ballast. So ergibt sich das Paradox, dass sich die digitalen Minimalisten dem materiellen Besitz entledigen, sich aber kaum vor dem digitalem wehren können. **RALF PAULI**

NACHGEHAKT Eine Bürgerinitiative will die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens europaweit wieder in Schwung bringen

Stabilisierender Effekt

Die Europäische Bürgerinitiative für das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Idee gegen die Krise und hat bislang 58.363 Unterschriften gesammelt. Wenn die Zahl bis Mitte Januar nächsten Jahres auf eine Million steigt, muss die EU-Kommission ihre Mitgliedstaaten dazu drängen, das Projekt voranzutreiben.

Es handelt sich hier um einen innovativen Versuch einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik, die es bisher kaum gibt. Denn eigentlich gehört das Thema in die Kompetenz der Natio-

nalstaaten. Angesichts der Schuldenkrise könnte das Grundeinkommen jedoch positive Effekte entfalten: Die Basisabsicherung für alle würde der Verelendung entgegenwirken und gleichzeitig Nachfrage schaffen, um die Wirtschaft zu stabilisieren.

Zu den deutschen Unterstützern der europäischen Bürgerinitiative gehören die Globalisierungskritiker von Attac, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, die Piraten sowie Teile der Grünen und der Linken. Ronald Blaschke, Mitarbeiter der Linken-Chefin Katja Kipping, ist einer der wichtigsten Organisatoren.

Das bedingungslose Grundeinkommen, dem auch eine Demonstration in Berlin am 14. September gewidmet ist, stand in Deutschland schon mal höher im Kurs, zwischen 2005 und 2010. Damals wirkte die Empörung über die rot-grünen Hartz-Gesetze nach, die Arbeitslosigkeit war höher und Prominente wie Götz Werner, Chef der Drogeriekette dm, schrieben dicke, zornige Bücher über Deutschland als verfallenden Sozialstaat. Dass ein Milliardär ein arbeitsloses, staatliches Einkommen für alle Bürger verlangte, machte die Forderung populär.

Mittlerweile ist es wieder ruhiger um das Konzept geworden. Es gibt zwar Dutzende engagierte Gruppen, außerdem das Netzwerk Grundeinkommen. Doch im parteipolitischen Raum setzt sich die Forderung nicht richtig durch. Nur die kleine Piratenpartei befürwortet das Grundeinkommen, allerdings ohne konkrete Vorstellungen davon. Linkspartei und Grüne wollen die Forderung offiziell weiter diskutieren und vielleicht in der kommenden Legislaturperiode eine Enquetekommission im Bundestag einsetzen, sagt Grünen-MdB Wolfgang Strengmann-

Kuhn. Bei der SPD mögen sich nur wenige Leute überhaupt vorstellen, dass Menschen ohne Arbeit glücklich sein können. Und bei FDP und CDU gibt es höchstens einzelne Unterstützer des Grundeinkommens – denen aber ist der Wortführer abhandengekommen, als der frühere thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus sich beim Skilaufen schwer den Kopf stieß.

Die wichtigsten Gründe für die überall zu beobachtende Zurückhaltung: Es ist ethisch schwer zu begründen, warum jemand ohne Not Geschenke vom Staat erhalten soll. **HANNES KOCH**

VOLKSENTSCHEID Ausgerechnet die Schweiz wird wohl das erste Land sein, das über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens abstimmt. Die Initiative bricht alle Rekorde

2.500 Franken für jeden

AUS GENÈVRE ANDREAS ZUMACH

Sie war die schnellste in der Schweiz: die Volksinitiative zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Die 100.000 Unterschriften, die notwendig sind, um eine Volksabstimmung herbeizuführen, hatte die Initiative bereits innerhalb eines Jahres, im April 2013, eingesammelt.

Derzeit haben über 129.000 EidgenossInnen die Forderung unterschrieben, dass in die Schweizer Bundesverfassung folgender Artikel aufgenommen wird: „Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.“

Die Volksinitiative bricht alle Rekorde: Nicht nur, dass sie schneller als jede der anderen 420 landesweiten Volksinitiativen in der Schweiz, die seit Einführung des plebiszitären Instruments 1891 gestartet wurden, ihre Unterschriften einsammelte. Nach der letzten organisierten Sammelaktion am Nationalfeiertag des 1. August werden

deutlich über 130.000 Unterschriften beisammen sein. So viele UnterstützerInnen hatte noch keine Initiative.

Warum stößt das Anliegen eines BGE ausgerechnet in einem der zehn reichsten der 193 Länder der Erde auf so große Unterstützung? Weil die Schweiz zu den drei Staaten gehört, in denen die soziale Ungleichheit in den vergangenen zwanzig Jahren der beschleunigten neoliberalen Globalisierung am stärksten zugenommen hat. Das belegen OECD-Statistiken sowie noch sehr viel anschaulicher der Basler Soziologieprofessor Ueli Mäder und seine MitautorInnen in ihrem 2012 veröffentlichten Buch „Wie Reiche denken und leben – Reichtum in der Schweiz“.

In der kleinen Alpenrepublik mit ihren knapp 8 Millionen EinwohnerInnen residiert jeder zehnte Milliardär der Welt. 3 Prozent der hier wohnhaften privaten Steuerpflichtigen haben gleich viel Nettovermögen wie die restlichen 97 Prozent. Die Vermögen der 300 Reichsten wuchsen in den vergangenen zwanzig Jahren um mehr als das Fünffache von 86 Milliarden auf 459 Milliarden Franken, also um etwa 380 Milliarden Euro. Zugleich stiegen die Löhne der ab-

hängig Beschäftigten nur äußerst geringfügig, und zwar um Prozentsätze, die zum Teil unter der Teuerungsrate liegen.

Die zahlreichen Skandale der vergangenen Jahre um millionenschwere Gehälter, Boni oder Abfindungen für Banken- und Firmenmanager haben das Gefühl vieler EidgenossInnen, in ungerechten Verhältnissen zu leben, verstärkt.

Anders als in Deutschland ist die Initiative für ein BGE nicht isoliert, sondern reißt sich in einen politischen und organisatorischen Kontext mit anderen Anliegen und Kampagnen.

Dazu zählt die „Abzockerinitiative“ gegen Einkommensexesse bei Firmenmanagern, die bei der Volksabstimmung im März gegen den vereinten Widerstand aller bürgerlichen Parteien und der Wirtschaftsverbände mit großer Mehrheit erfolgreich war.

Auch dazu gehören die von den eidgenössischen Grünen und Sozialdemokraten, den Gewerkschaften wie auch großen Teilen der Kirchen und ihrer Hilfswerke unterstützten Volksinitiativen für einen landesweiten Mindestlohn, für die Einführung einer Erbschaftsteuer sowie für die Begrenzung der Einkommen in sämtlichen rund 100.000 Schweizer Unterneh-



Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen

men auf das maximal Zwölfwache des niedrigsten Lohns.

Nach diesem Vorschlag soll künftig kein Jahresgehalt geringer sein als das Monatsgehalt des Topmanagers im gleichen Unternehmen. Zumindest an der Spitze des Gewerkschaftsbunds gibt es allerdings noch Bedenken gegen ein BGE. Hier hält man am Ziel der Vollbeschäftigung und der Existenzsicherung durch Lohnarbeit fest. Zudem wird befürchtet, dass die beiden Volksinitiativen für das bedingungslose Grundeinkommen und einen landesweiten Mindestlohn von 4.000 Franken monatlich von den Gegnern beider Anliegen in der Wirtschaft und den bürgerlichen Parteien gegeneinander ausgespielt werden könnten.

Die Befürworter des BGE halten eine Summe von 2.500 Franken für jeden in der Schweiz lebenden Erwachsenen und von 600 Franken pro Kind für erforderlich. Am 4. Oktober übergeben die AktivistInnen der Volksinitiative die gesammelten Unterschriften offiziell der Regierung in Bern. Der Bundesrat, das Parlament (Nationalrat) und die Kammer der 26 Kantone (Ständerat) beraten dann über das Anliegen. Theoretisch könnte die Volksabstimmung bereits im nächsten Jahr stattfinden. Damit zu rechnen ist allerdings nicht.

Denn die Regierung oder das Parlament werden mehr Beratungszeit zur Vorlage eines „moderateren“ Gegenvorschlags beanspruchen. Maximal kann der Beratungsprozess nach den in der Verfassung vorgeschriebenen Fristen knapp fünfzehn Jahre dauern. In diesem Fall würde die Volksabstimmung erst im Frühjahr 2019 stattfinden. Auch dann wäre die Schweiz wahrscheinlich immer noch das weltweit erste Land, das über die Einführung eines BGE entscheidet. Eine Prognose über den Ausgang der Volksabstimmung lässt sich trotz der so erfolgreichen verlaufenen Kampagne zur Unterschriftensammlung seriöserweise nicht machen.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass die SchweizerInnen in der Zeit bis zum Termin der Abstimmung eine noch viel breitere und intensivere Debatte über das BGE und die damit verbundenen Chancen und Risiken führen werden als bereits in den vergangenen fünfzehn Monaten. Und das ist, unabhängig vom Ergebnis der Volksabstimmung, bereits ein großer Gewinn.



Traditionelle Reichtumsverteilung in der Schweiz: das Käseteilen über dem See von Thun Foto: Keystone Schweiz/laif